

Landesversammlung
Mittelstands-Union der CSU
am 10. Dezember 2022



Antragsbuch

Redaktion:
Mittelstands-Union der CSU

Mies-van-der-Rohe-Str. 1, 80807 München
Telefon 089/1243-312
mu@csu-bayern.de

INHALT

Antrag Nr. 1	Hybride Parteisitzungen Antragsteller: MU-Kreisverband Main-Spessart	Seite 3
Antrag Nr. 2	Landesversammlung im Sommer Antragsteller: MU-Fachausschuss Industrie und Innovation	Seite 5
Antrag Nr. 3	Kurzarbeitergeld unter Bedingungen stellen Antragsteller: MU-Fachausschuss Industrie und Innovation	Seite 6
Antrag Nr. 4	Reform der Abgeordnetenbestechung Antragsteller: MU-Fachausschuss Industrie und Innovation	Seite 7
Antrag Nr. 5	Wirtschaftspolitik für alle Menschen Antragsteller: MU-Fachausschuss Industrie und Innovation	Seite 8
Antrag Nr. 6	Reform des Arbeitszeitgesetzes Antragsteller: MU-Fachausschuss Industrie und Innovation	Seite 10
Antrag Nr. 7	Vorhandene Energiequellen nutzen, Atommüll vermeiden statt lagern Antragsteller: MU-Fachausschuss Industrie und Innovation	Seite 12
Antrag Nr. 8	Steuerentlastung statt bürokratischer Umverteilung Antragsteller: MU-Fachausschuss Industrie und Innovation	Seite 14
Antrag Nr. 9	Ansparrücklage mehr Unternehmen zugänglich machen Antragsteller: MU-Fachausschuss Industrie und Innovation	Seite 16
Antrag Nr. 10	Bürokratieabbau Antragsteller: MU-Fachausschuss Industrie und Innovation	Seite 17
Antrag Nr. 11	Kürzung des Urlaubsanspruchs bei Langzeitkranken Antragsteller: MU-Fachausschuss Industrie und Innovation	Seite 18
Antrag Nr. 12	Aufbewahrungsfristen reduzieren, schnelle Betriebsprüfung erreichen Antragsteller: MU-Fachausschuss Industrie und Innovation	Seite 20

Antrag Nr. 13	Elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung muss Verbesserungen für Arbeitgeber bringen Antragsteller: Dipl.-Ing. (FH) Dipl.-Wirtsch-Ing.Univ. Richard Graßl	Seite 21
Antrag Nr. 14	Erweiterung des Antragsrechts zum Parteitag Antragsteller: Dipl.-Ing. (FH) Dipl.-Wirtsch-Ing.Univ. Richard Graßl	Seite 22
Antrag Nr. 15	Ehrbare Geschäftsleute - unser Maßstab auch für politische Tätigkeiten Antragsteller: Dipl.-Ing. (FH) Dipl.-Wirtsch-Ing.Univ. Richard Graßl	Seite 23

Landesversammlung der Mittelstands-Union (MU) der CSU	10. Dezember 2022
<p style="text-align: center;">Antrag-Nr. 1 Hybride Parteisitzungen</p>	<p><u>Beschluss:</u> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung</p>
<p style="text-align: center;">Antragsteller: MU-Kreisverband Main-Spessart</p>	

Die Landesversammlung der Mittelstands-Union der CSU möge beschließen:

0 **Seine Satzung dahingehend zu ändern, dass die digitale Teilnahme für Parteisitzungen**
1 **auf Landes-, Bezirks- und Kreisebene bei triftigen Gründen (Krankheit, Coronainfektion,**
2 **etc.) auch langfristig möglich ist. Sollte dies notwendig sein, soll der Landesverband**
3 **den Antrag beim nächsten Parteitag der CSU einbringen.**

4 **Begründung:**

5 Der Kreisverband der Mittelstands-Union Main-Spessart der Christlich-Sozialen Union begrüßt
6 ausdrücklich die Möglichkeit, die der bayerische Gesetzgeber geschaffen hat, virtuelle
7 Sitzungen auf kommunaler Ebene abzuhalten.¹ Der Gesetzgeber hat, nicht nur aus Gründen
8 der Corona-Pandemie, die rechtliche Grundlage geschaffen hybride Gemeinderatssitzungen
9 zu er-lauben, bei denen nur der Vorsitzende physisch anwesend sein muss, sondern dies hat
10 eben-falls die Attraktivität kommunalpolitischer Arbeit gestärkt und erlaubt die Vereinbarkeit
11 von Familie und Parteiarbeit.

12 Seitdem die Weltgesundheitsorganisation den Ausbruch von SARS-CoV-2 als Pandemie
13 bezeichnet hat, trifft sich die Mittelstands-Union der CSU Main-Spessart, wie viele andere
14 Parteigremien, teilweise in rein virtuellen Sitzungen und gewährleistet dabei den Fortbestand
15 der Parteiarbeit. Anders als bei Gemeinderatssitzungen, besteht hier keine Pflicht zur
16 Wahrung des Öffentlichkeitsgrundsatzes. Daher bedarf es bisher auch keiner
17 Satzungsänderung, um Sitzungen digital abzuhalten, mit Ausnahme bei den Nominierungen
18 der Bundestagskandidaten, die physisch stattfinden mussten. Dies führte zu ²vielen Vorteilen
19 und Effizienzen, wie z.B. mehr auswärtigen Rednern oder dem Wegfall der Anfahrtswege. Um
20 die Vereinbarkeit von Familie und Politik auch langfristig zu gewährleisten, wird der
21 Landesverband der MU daher aufgefordert ein Recht zu schaffen, damit seine Mitglieder bei
22 triftigen Gründen (Krankheit, Coronainfektion, etc.) digital an Parteisitzungen auf Landes-,
23 Bezirks und Kreisebene teilnehmen können. Notfalls soll dafür die Satzung der CSU
24 dahingehend geändert werden, diese Möglichkeit ähnlich zur Gesetzesänderung auf
25 kommunalpolitischer Ebene geschaffen wird.²

¹ Das Gesetz zur „Änderung der Gemeindeordnung, Landkreisordnung, Bezirksordnung und weiterer Gesetze zur Bewältigung der Corona-Pandemie“ vom 09.03.2021 ist vorläufig befristet bis 31.12.2022

https://www.stmi.bayern.de/assets/stmi/kub/ims_vom_16.03.2021_-_gesetz_zur_%C3%84nderung_der_gemeindeordnung.pdf

² Das Gesetz über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie (GesRueaCOVBekG), welches die Möglichkeit schafft, dass Vereine auch ohne entsprechende Regelung in der Satzung virtuelle Mitgliederversammlungen oder Beschlüsse der Mitglieder vereinfacht im schriftlichen Verfahren durchführen, ist zunächst bis zum 31.12.2021 begrenzt. <https://beck-online.beck.de/Dokument?vpath=bib-data%2Fges%2Fcovmg%2Fcont%2Fcovmg.htm&anchor=Y-100-G-COVMG>

26 Ein Recht auf hybride Partizipation in den Parteigremien könnte in vielfacher Hinsicht helfen,
27 Parteiarbeit attraktiver zu machen, die Barrieren für ein Engagement zu reduzieren und die
28 Mitgliederzahlen zu erhöhen. Dies gilt umso mehr für die Arbeitskreise und
29 Arbeitsgemeinschaften der CSU. Gerade für junge Eltern, für Studenten aber auch für viele
30 Angestellte wäre parteipolitische Arbeit leichter möglich, wenn sie diese zumindest teilweise
31 bzw. zeitweise digital ausüben könnten.³

³ Davon unberührt könnten natürlich Sitzungen mit geheimen Abstimmungen von der Regel zum hybriden Angebot ausgenommen werden. Die bisherige Erfahrung hat gezeigt, dass eine etwaige Verschwiegenheits- und Geheimhaltungspflicht in der gelebten digitalen Praxis der vergangenen Monate nicht verletzt wurde.

Landesversammlung der Mittelstands-Union (MU) der CSU	10. Dezember 2022
Antrag-Nr. 2 Landesversammlung im Sommer	<u>Beschluss:</u> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
Antragsteller: MU-Fachausschuss Industrie und Innovation vertreten durch die Mitwirkenden: Michael Bernicker, Tibor Brumme, Reinhard Giegold, Heidrun Hausen und Wolfgang Schulze	

32 **Die Landesversammlung der Mittelstands-Union der CSU möge beschließen:**

33 **Künftig findet die Landesversammlung der MU im Frühsommer statt. Dies kann**
34 **gemeinsam mit dem Sommerempfang sein.**

35 **Begründung:**

36 Zum einen ist die Anreise im Sommer für die Delegierten einfacher. Zum anderen kann die
37 Kombination mit dem Sommerempfang beide Veranstaltungen befruchten.

38 Vor allem ist es aber problematisch, dass die MU seit Jahren – anders als FU und JU – nicht
39 in der Lage ist, eigene Anträge auf dem Parteitag zu stellen und diese durch weitgehend
40 „unbekannte“ (ohne den Bekanntheitsgrad der einzelnen Personen in Frage zu stellen)
41 einzelne Delegierte gestellt werden. So tauchen wir nie als wichtige Arbeitsgemeinschaft auf.

42 Die Wahlkorridore für die anderen Ebenen können und müssen dann natürlich angepasst
43 werden. Dies ist zwar eine Umstellung, die jedoch in zwei Jahren erledigt ist und der MU
44 dauerhaft deutlich mehr Sichtbarkeit in der CSU und auch darüber hinaus verschaffen wird.

Landesversammlung der Mittelstands-Union (MU) der CSU	10. Dezember 2022
Antrag-Nr. 3 Kurzarbeitergeld unter Bedingungen stellen	Beschluss: <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
Antragsteller: MU-Fachausschuss Industrie und Innovation vertreten durch die Mitwirkenden: Michael Bernicker, Tibor Brumme, Reinhard Giegold, Heidrun Hausen und Wolfgang Schulze	

45 **Die Landesversammlung der Mittelstands-Union der CSU möge beschließen:**

46 **Beim Bezug von Kurzarbeitergeld muss nach spätestens sechs Monaten Bezugszeit die**
47 **Arbeitsagentur darauf hinwirken, dass Mitarbeiter an andere Unternehmen „entliehen“**
48 **werden, die dringend Mitarbeiter suchen.**

49 **Ferner muss ausgeschlossen sein, dass für die Geschäftsjahre, in denen**
50 **Kurzarbeitergeld gezahlt wird, Dividenden an Aktionäre oder Tantiemen oder**
51 **Sonderzahlungen an Mitarbeiter ausgezahlt werden.**

52 **Begründung:**

53 Das Kurzarbeitergeld ist ein hervorragendes Instrument zur Meidung von Insolvenzen wegen
54 vorübergehender Auftragschwäche. Gleichzeitig herrscht auf dem Arbeitsmarkt mittlerweile
55 massiver Fachkräftemangel. Dies führt dazu, dass hervorragend ausgebildete, in aller Regel
56 motivierte und sofort einsatzfähige Mitarbeiter auf Kosten der Allgemeinheit alimentiert
57 werden, während gleichzeitig andere Unternehmen Auftragsverluste hinnehmen müssen, weil
58 das erforderliche Personal fehlt.

59 Die Kurzarbeiterwelle während Corona hat gezeigt, dass viele Unternehmen Sonderzahlungen
60 (z. B. Coronaprämien) ausgeschüttet haben, hohe variable Vergütungen an Vorstände und
61 Dividenden ausgeschüttet haben, weil sie durch die Beitragsleistungen der Allgemeinheit ihre
62 Gewinne auch durch Kurzarbeit optimieren konnten. Dies muss verhindert werden.
63 Sozialleistungen sind für den Notfall und nur für diesen.

64 Wir müssen damit rechnen, dass die kommenden Wirtschaftskrisen viele Unternehmen
65 zwingen wird, Kurzarbeit anzumelden. Gerade kleine und mittlere Betrieben können die
66 Leistungen nicht aufstocken. Das wird dazu führen, dass sie ihre Mitarbeiter dauerhaft
67 verlieren, wie dies nach der Corona-Krise in der Gastronomie beobachtet werden musste.

68 Ein von den Arbeitsagenturen gesteuerter Austausch von Arbeitskräften kann hier die Folgen
69 der Krise für Unternehmen und letztlich die gesamte Volkswirtschaft abfedern.

Landesversammlung der Mittelstands-Union (MU) der CSU	10. Dezember 2022
Antrag-Nr. 4 Reform der Abgeordnetenbestechung	<u>Beschluss:</u> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
Antragsteller: MU-Fachausschuss Industrie und Innovation vertreten durch die Mitwirkenden: Michael Bernicker, Tibor Brumme, Reinhard Giegold, Heidrun Hausen und Wolfgang Schulze	

70 **Die Landesversammlung der Mittelstands-Union der CSU möge beschließen:**

71 **Die MU fordert die Reform des Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung**
72 **dergestalt, dass auch die Vorteilsnahme durch Abgeordnete unter Strafe gestellt wird.**

73 **Begründung:**

74 Unter Strafrechtsspezialisten wird schon lange kritisiert, dass die Norm für
75 Abgeordnetenbestechung derart eingeschränkt ist, dass sie den Spitzennamen
76 „parlamentarische Selbstbedienung“ erhalten hat. Bei anderen Amtsträgern wird schon länger
77 durch den Straftatbestand „Vorteilsnahme“ ein viel strengerer Maßstab angelegt. Jegliche
78 Annahme von Vergünstigungen und Annehmlichkeiten ist seit 1997 strafbar, wenn sie als
79 Gegenleistung für eine Amtshandlung erfolgt. Die Strafbarkeit kann durch Genehmigung durch
80 die Behörde vermieden werden.

81 Das Vertrauen der Bevölkerung in die Unabhängigkeit von Abgeordneten muss noch viel
82 größer sein, schon wegen der Privilegien, die diese beanspruchen. Daher muss der
83 Anwendungsbereich des § 331 StGB auf Abgeordnete ausgedehnt werden.

Landesversammlung der Mittelstands-Union (MU) der CSU	10. Dezember 2022
Antrag-Nr. 5 Wirtschaftspolitik für alle Menschen	<u>Beschluss:</u> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
Antragsteller: MU-Fachausschuss Industrie und Innovation vertreten durch die Mitwirkenden: Michael Bernicker, Tibor Brumme, Reinhard Giegold, Heidrun Hausen und Wolfgang Schulze	

84 **Die Landesversammlung der Mittelstands-Union der CSU möge beschließen:**

85 **Die MU fordert statt einer „feministischen“ Wirtschaftspolitik eine humanistische.**

86 **Begründung:**

87 Grundsätzlich ist Deutschland auf die möglichst umfassende Teilhabe von Frauen am
 88 Arbeitsleben angewiesen. Hier gibt es durch Erweiterung von Arbeitsstunden den schnellsten,
 89 effektivsten und sinnvollsten Hebel, den Fachkräftemangel zu bekämpfen.

90 Die Ansätze der Grünen zur „feministischen“ Wirtschaftspolitik beruhen einerseits auf
 91 unbelegten Behauptungen wie „Frauen müssen in der Wirtschaft mehr leisten“ oder „eine
 92 sozial gerechte Wirtschaftspolitik kann nur feministisch gelingen“, zum anderen setzen sie
 93 darauf, den Familien zu diktieren, wie die interne Aufgabenverteilung aussehen soll. So sehr
 94 die Berufstätigkeit von Frauen in der Wirtschaft begrüßt wird: Die Entscheidung muss bei der
 95 Familie bleiben. Vielmehr müssen Strategien gefunden werden, dass das Recht auf einen
 96 KiTa-Platz in jeder Region, für alle Familien und auch nicht nur bis 14.00 Uhr Realität wird.

97 Die Wirtschaft braucht die besten Köpfe. Die Wirtschaft braucht keine Quoten. Obwohl die
 98 sinnlose Quote für DAX-Vorstände noch keinerlei Beweis für besseres Wirtschaften erbracht
 99 hat, soll sie ausgeweitet werden.

100 Die vorhandenen Entgelttransparenzgesetze sind ausreichend. Ein Klagerecht für – im Zweifel
 101 politisch motivierte – Verbände ist unnötig und belastet das Verhältnis zwischen Arbeitgeber
 102 und Arbeitnehmer. Männliche Politiker, die Elternzeit nehmen (und dem Steuerzahler dabei
 103 Geld sparen) sind sicher ein wertvolles Vorbild. Aber gut ausgebildete Menschen sind bei
 104 Arbeitgebern immer in einer starken Verhandlungsposition und brauchen keine Schutzrechte.

105 Die Pläne, den Unternehmen Führungsaufgaben in Teilzeit aufzuzutroyieren, sind abzulehnen.
 106 Deutschland braucht eine gute Wirtschaftspolitik, die für alle Menschen da ist, keine
 107 Bevormundung und nicht die Fortsetzung der gefährlichen und schädlichen Tendenz aus der
 108 Politik, die Zugehörigkeit zu irgendwelchen Gruppen als wichtiger einzuschätzen als die
 109 Leistung und die Kompetenz.

110 Die Steuerklasse 5 muss erhalten bleiben. Sie ermöglicht gerade Familien mit niedrigeren
 111 Einkommen die optimierte Steuerung der unterjährigen Liquidität. Jedes Ehepaar kann sich
 112 entscheiden, für beide Partner Steuerklasse 4 zu wählen. Die Abschaffung schädigt die

113 Familien. Dies gerade in Zeiten galoppierender Inflation bei gleichzeitiger Rezession zu
114 fordern beweist die Ideologie-verblendete und menschenfeindliche Haltung der Grünen.

Landesversammlung der Mittelstands-Union (MU) der CSU	10. Dezember 2022
Antrag-Nr. 6 Reform des Arbeitszeitgesetzes	<u>Beschluss:</u> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
Antragsteller: MU-Fachausschuss Industrie und Innovation vertreten durch die Mitwirkenden: Michael Bernicker, Tibor Brumme, Reinhard Giegold, Heidrun Hausen und Wolfgang Schulze	

115 **Die Landesversammlung der Mittelstands-Union der CSU möge beschließen:**

116 **Die MU spricht sich für ein neues Arbeitszeitgesetz aus, das Mitarbeiter je nach**
117 **Schutzwürdigkeit stärker oder eben weniger schützt.**

118 **Als Grenze für den Schutz empfiehlt sich die Beitragsbemessungsgrenze zur**
119 **Rentenversicherung.**

120 **Mitarbeiter die über (aktuell rund 84 T€ p.a.).**

121 **Aber dieser Grenze sollte sowohl Vertrauensarbeitszeit möglich sein als auch die**
122 **tägliche Ruhepause von 11 Stunden im Interesse der Arbeitnehmer reduziert und die**
123 **Arbeitszeithöchstgrenze nur auf eine Wochenarbeitszeit begrenzt werden.**

124 **Begründung:**

125 Das Urteil des BAG vom 13. September 2022 macht deutlich, dass das Arbeitsministerium seit
126 2019, als bereits der EuGH eine Pflicht zur Zeiterfassung für Arbeitgeber thematisierte, seine
127 Aufgabe nicht erfüllt und nicht für Rechtssicherheit sorgt. Dies muss nun dringend nachgeholt
128 werden. Nach wie vor realisiert die SPD nicht, dass die Arbeitswelt sich seit den 20er Jahren
129 des letzten Jahrhunderts massiv verändert hat.

130 Gerade digital Natives und hier vor allem Frauen brauchen und wollen eine hohe Flexibilität,
131 um ihr Privatleben und das Arbeitsleben für sich individuell optimal zu gestalten.

132 Zweifelsohne ist eine tägliche Arbeitszeit von 8 bzw. maximal 10 h bei handwerklichen und
133 gefahrgeneigten Tätigkeiten sinnvoll. Bei Büroarbeiten unterbricht dies möglicherweise
134 produktive Phasen und schränkt Arbeitnehmer gegen ihren Willen ein.

135 Dass die tägliche Arbeitszeitbegrenzung keine medizinisch eindeutige Grenze ist zeigt, dass
136 bereits heute viele Ausnahmen durch Tarifverträge existieren.

137 Die Wünsche der Arbeitnehmer, die veränderte Lebensrealität sowie eine niedrige
138 Schutzbedürftigkeit bei hoch bezahlten Spezialisten müssen im Gesetz berücksichtigt werden.
139 Dies kann z.B. nach amerikanischem Vorbild durch die Differenzierung in „exempt“ oder „non
140 exempt“ Arbeitnehmer geschehen. Mitarbeiter, die ein Jahreseinkommen über der
141 Beitragsbemessungsgrenze für die Rentenversicherung verdienen, können sich aufgrund des
142 Fachkräftemangels und ihres Spezialwissens besser mit dem Arbeitgeber bilateral
143 verständigen. Vor allem ist bei diesen der Wunsch nach mehr Autonomie höher.

144 Das EU-Recht und auch das EugGH-Urteil von 2019 lassen deutlich mehr Spielraum als das
145 deutsche Arbeitszeitgesetz, das in seiner Gesetzeslogik aus dem Anfang des letzten
146 Jahrhunderts stammt.

Landesversammlung der Mittelstands-Union (MU) der CSU	10. Dezember 2022
<p style="text-align: center;">Antrag-Nr. 7 Vorhandene Energiequellen nutzen, Atommüll vermeiden statt lagern</p>	<p>Beschluss: <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung</p>
<p style="text-align: center;">Antragsteller: MU-Fachausschuss Industrie und Innovation vertreten durch die Mitwirkenden: Michael Bernicker, Tibor Brumme, Reinhard Giegold, Heidrun Hausen und Wolfgang Schulze</p>	

147 **Die Landesversammlung der Mittelstands-Union der CSU möge beschließen:**

148 **Schnellstmöglich sind Forschungs- und Investitionsförderung zu starten, um durch**
149 **moderne Dual Fluid und Molten Salt-Reaktoren die vorhandenen nur zum Teil genutzten**
150 **Brennstäbe zur weitere Stromerzeugung nutzen zu können.**

151 **Begründung:**

152 Das Entsorgungsproblem bei Brennstäben ist nach wie vor ungelöst. Der Atomausstieg hat
153 zwar die Versorgungssicherheit zerstört, das Thema der Entsorgung jedoch in keiner Weise
154 gelöst. Im Gegenteil: Deutschland war führend auf dem Gebiet der Kernforschung und hat
155 wertvolles Know-How verloren.

156 Die vorhandenen – nach früherer Technologie – als „Atommüll“ übrig gebliebenen Brennstäbe
157 bieten nach Schätzungen bei aktuelle bereits vorhandener Technologie noch Energie für 400
158 Jahre. Die Ausnutzung dieser Ressourcen ist umweltfreundlich, weil aus Müll eine wertvolle
159 Energiequelle wird, wirtschaftlich, weil die spätere Lagerung nur noch wenige Jahre gesichert
160 werden muss. Die Nutzung dieser Technologie ist auch sicherheitspolitisch klug, weil wir auf
161 Jahrhunderte unabhängig von fremden Energieträgern sind. Die Nutzung der Kernkraft ist aber
162 auch außenpolitisch notwendig. Wir können nicht dauerhaft auf Kernkraft durch unsere
163 Nachbarn bauen.

164 Die Dekarbonisierung der Industrie, die Elektrifizierung der Mobilität aber auch die
165 Digitalisierung können nur mit sicherer Stromversorgung gelingen. Dies wird mindestens eine
166 Verfünffachung des aktuellen Strombedarfs bedeuten. Dies kann derzeit nur mit
167 vorübergehender Unterstützung durch Kernenergie gelingen.

168 Der aktuelle Weg der Ampel-Regierung ist in vielfacher Hinsicht ein Irrweg:

- 169 1. Die Ausbauziele für die erneuerbaren Energien sind unrealistisch und konnten selbst
170 vor der Zerstörung der Lieferketten und der Verschärfung des Fachkräftemangels und
171 trotz erheblicher steuerfinanzierter Umverteilung nicht erreicht werden.
- 172 2. Selbst wenn sie erreicht werden, kann der für eine Dekarbonisierung notwendige
173 Bedarf an Strom nur mit erneuerbaren Energien nicht gedeckt werden.

174
175
176
177

3. Selbst wenn rechnerisch die Versorgung ausreichen würde, fehlt es an grundlastfähiger Stromversorgung. Der Verweis des Wirtschaftsministers, dass man künftig die Wäsche kostenlos waschen könne, wenn der Wind wehe, zeigt, dass er von Wirtschaft und Produktionsbetrieben nichts versteht.

178
179
180
181

4. Derzeit werden die vorhandenen Brennstäbe und deren Lagerung schlicht ausgeblendet. Eine verantwortungsvolle Industrienation exportiert diesen Müll nicht, sondern verwendet ihn nach Möglichkeit wieder. Diese Möglichkeit ist mittlerweile technisch gegeben.

182
183
184
185
186

5. Die Strompreisexplosion kann weder durch steuerfinanzierte „Geschenke“ aufgehalten werden, noch durch weitere Verknappung. Die Kernenergie ist die einzige grundlastfähige Energiequelle, die Deutschland für die nächsten Jahre zuverlässig mit Energie versorgen kann. Soweit wir vorhandene Brennstäbe nutzen, macht sie uns auch unabhängig von anderen Ländern.

Landesversammlung der Mittelstands-Union (MU) der CSU	10. Dezember 2022
Antrag-Nr. 8 Steuerentlastung statt bürokratischer Umverteilung	<u>Beschluss:</u> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
Antragsteller: MU-Fachausschuss Industrie und Innovation vertreten durch die Mitwirkenden: Michael Bernicker, Tibor Brumme, Reinhard Giegold, Heidrun Hausen und Wolfgang Schulze	

187 **Die Landesversammlung der Mittelstands-Union der CSU möge beschließen:**

188 **Die MU Bayern fordert die Bundesregierung auf, echte Steuerentlastung zu schaffen**
189 **statt irreführend als Entlastungspakete immer neue bürokratische Chimären zu**
190 **schaffen, die am Ende den Mittelstand durch Bürokratie und weitere Verschuldung des**
191 **Staates weiter belasten.**

192 **Begründung:**

193 Es geht mittlerweile um nichts weniger als die Rettung der deutschen Wirtschaft. Während
194 große Industrieunternehmen ins Ausland abwandern können, bleibt dem Mittelstand nur die
195 Einstellung des Betriebes, die leider – auch wenn der Wirtschaftsminister dies nicht zu
196 verstehen scheint – in der Regel die Insolvenz, in jedem Fall aber Arbeitslosigkeit zur Folge
197 hat.

198 Entlastung kann nur durch Steuerentlastung und Bürokratieentlastung funktionieren. Die MU
199 fordert daher: Senkung der Mehrwertsteuer, da ansonsten der Staat für die durch eine
200 verfehlte Geldpolitik grob fahrlässig erzeugte Inflation „Übergewinne“ erzielt, Abschaffung oder
201 zumindest Reduzierung der Energiesteuern auf das von der EU geforderte Mindestniveau.

202 Die Inflation wird nicht durch schuldenfinanzierte „Geschenke“ auf dem Rücken der
203 Steuerzahler bekämpft, sondern durch Erhöhung des Angebots. Das drohende Sterben von
204 mittelständischen Handwerks-, Handels- und Industriebetrieben wird das Problem weiter
205 verschärfen und um das der Massenarbeitslosigkeit erweitern.

206 Die aktuellen Maßnahmen der Regierung sind ein Griff in die antiquierte Mottenkiste des
207 Sozialismus und haben vor allem Ruhe für die Regierenden, aber nicht die Lösung der
208 Probleme für die Menschen zum Ziel.

209 Die Ampel-Regierung muss nun dringend umdenken:

- 210 - Erwerbsarbeit ist der Schlüssel zur Bekämpfung der Armut.
- 211 - Eine florierende mittelständische Wirtschaft ist der Schlüssel für stabile Steuereinnahmen
- 212 und genügend Beitragszahler.

- 213 - Die Politik hat Rahmenbedingungen zu setzen, um beides zu ermöglichen. Ideologische
214 Ziele können nur dann die Agenda bestimmen, wenn wir es uns leisten können. Dies ist
215 nicht mehr der Fall.

- 216 - Gut ausgebildete Fachkräfte kommen nur dann nach Deutschland, wenn sie dort attraktive
217 Arbeit bei vertretbaren Steuern und Beitragslasten finden. Dies ist nicht mehr Fall. Wer die
218 Zuwanderung von Fachkräften wünscht, muss attraktive Rahmenbedingungen hierfür
219 setzen.

Landesversammlung der Mittelstands-Union (MU) der CSU	10. Dezember 2022
Antrag-Nr. 9 Ansparrücklage mehr Unternehmen zugänglich machen	<u>Beschluss:</u> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
Antragsteller: MU-Fachausschuss Industrie und Innovation vertreten durch die Mitwirkenden: Michael Bernicker, Tibor Brumme, Reinhard Giegold, Heidrun Hausen und Wolfgang Schulze	

220 **Die Landesversammlung der Mittelstands-Union der CSU möge beschließen:**

221 **Die MU Bayern fordert für Investitionen in Klima- und Umweltschutz, aber auch für**
222 **Investitionen zur Blackoutpräventionen, dass Ansparrücklagen steuermindernd für**
223 **Unternehmen bis 250 Mitarbeiter oder 100 Millionen € Umsatz gebildet werden können.**

224 **Begründung:**

225 Der Klimaschutz ist ein gesamtgesellschaftliches Ziel, das Anstrengungen aller erfordert.
226 Gerade kleine und mittelständische Unternehmen haben erhebliche Investitionen zu stemmen,
227 die steuerlich gefördert werden sollten. Die aktuelle Grenze des § 7 g EstG ist zu niedrig.

Landesversammlung der Mittelstands-Union (MU) der CSU	10. Dezember 2022
Antrag-Nr. 10 Bürokratieabbau	<u>Beschluss:</u> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
Antragsteller: MU-Fachausschuss Industrie und Innovation vertreten durch die Mitwirkenden: Michael Bernicker, Tibor Brumme, Reinhard Giegold, Heidrun Hausen und Wolfgang Schulze	

228 **Die Landesversammlung der Mittelstands-Union der CSU möge beschließen:**

229 **Die aktuelle „one-in-one-out-Regel für neue Gesetze, die Bürokratie bedeuten, muss**
230 **dahingehend verändert werden, dass der neu geschaffene Aufwand identisch mit dem**
231 **abgeschafften Aufwand sein muss.**

232 **Begründung:**

233 Derzeit werden neue Regeln geschaffen, die erhebliche Mehrkosten verursachen und vor
234 allem wertvolle personelle Ressourcen in der Zeit des Fachkräftemangels binden – in der
235 Wirtschaft wie in der Verwaltung.

236 Die Berechnungen des entstehenden Aufwands sowohl des finanziellen als auch des
237 personellen sind oft viel zu niedrig angesetzt. Wenn bei der Abschaffung von Regeln der bei
238 der Einführung angesetzte Aufwand zugrunde gelegt wird, besteht zumindest Hoffnung der
239 nicht nur die Innovation, sondern letztlich die gesamte Wirtschaft erdrückende Bürokratie in
240 Griff zu bekommen.

241 Hierzu gehört auch, dass Gesetze Ablaufdaten brauchen. Nach spätestens fünf Jahren muss
242 der Gesetzgeber selbst überprüfen, ob das Gesetz noch notwendig und sinnvoll ist.
243 Erforderlich ist eine ehrliche Kosten-Nutzen-Analyse, die auch von der – mittelständischen –
244 Wirtschaft begleitet und bestätigt wird. Wenn Gesetze nicht den gewünschten Erfolg gebracht
245 haben (Entgelttransparenzgesetz) gehören sie abgeschafft.

246 Es muss untersagt werden, bei Gesetzesvorschlägen bei Alternativen „keine“ einzutragen.
247 Nichts auf der Welt ist alternativlos. Wer das behauptet, hat den Regelungsgegenstand nicht
248 genügend durchdacht oder verschweigt wichtige Rahmenbedingungen.

249 Einsparungen in der Verwaltung sind zwingend erforderlich, um die Fachkräfte in der
250 Wirtschaft für echte Wertschöpfung freizusetzen. Die Verwaltungsvorschriften müssen
251 reduziert und vereinfacht werden, dass der immer größer werdende Staatsapparat, den die
252 Steuerzahler, vor allem die mittelständischen Unternehmen und Angestellten bezahlen
253 müssen, abgebaut werden können.

Landesversammlung der Mittelstands-Union (MU) der CSU	10. Dezember 2022
<p style="text-align: center;">Antrag-Nr. 11 Kürzung des Urlaubsanspruchs bei Langzeitkranken</p>	<p>Beschluss: <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung</p>
<p style="text-align: center;">Antragsteller: MU-Fachausschuss Industrie und Innovation vertreten durch die Mitwirkenden: Michael Bernicker, Tibor Brumme, Reinhard Giegold, Heidrun Hausen und Wolfgang Schulze</p>	

254 **Die Landesversammlung der Mittelstands-Union der CSU möge beschließen:**

255 **Im Bundesurlaubsgesetz ist eine Regelung zu ergänzen, die wie bei § 17 BEEG bei**
256 **Langzeitkranken ohne Lohnfortzahlungsanspruch den Arbeitgebern die Möglichkeit**
257 **gibt, für jeden vollen Monat der Krankheit ohne Lohnfortzahlung den Urlaubsanspruch**
258 **um ein Zwölftel zu kürzen.**

259 **Begründung:**

260 Die gesetzliche Lohnfortzahlung beträgt 6 Wochen bei fortlaufender gleicher Krankheit, oder
261 bei mehrfacher gleicher Krankheit innerhalb eines Jahres. Da der Arbeitgeber, aber auch die
262 Kollegen, die die anfallende Arbeit auffangen müssen, durch die lange Krankheit des
263 Arbeitnehmers zusätzlich belastet sind und ggf. noch ein weiterer Arbeitnehmer eingestellt
264 werden muss oder laufende Aufträge umgeplant oder gar abgesagt werden müssen, sollte er
265 nicht noch weiter belastet werden indem er nach der Rückkehr des Arbeitnehmers auch noch
266 oft monatelange Urlaub gewähren muss. Deshalb ist die Entstehung des Urlaubsanspruches
267 auch nur während der eigentlichen Arbeitszeit bzw. der bezahlten Lohnfortzahlung zu
268 berechnen. Nach § 7, Abs. 3 BurlG verfällt der Urlaubsanspruch nach den ersten 3 Monaten
269 des darauffolgenden Kalenderjahres. Deshalb sollte auch für Langzeitkranke keine
270 Ausnahmeregelung von 15 Monaten bestehen.

271 **Aktuelles Recht laut BAG: Der Urlaubsanspruch besteht trotz Krankheit, d. h. er besteht auch**
272 **bei Langzeitkranken und verfällt erst nach 15 Monaten nach Ablauf des Jahres, in dem der**
273 **Urlaubsanspruch entstanden ist. Allerdings beträgt die gesetzliche Lohnfortzahlung des**
274 **Arbeitgebers 6 Wochen bei gleicher Krankheit innerhalb eines Jahres.**

275 **Beispiel aktuelles Recht: Erkrankt ein Arbeitnehmer im Januar 2020 für den Rest des Jahres**
276 **und hat er zu dieser Zeit erst 4 Urlaubstage des Jahresurlaubsanspruches von 30 Tagen**
277 **abgefeiert, so verbleibt für dieses Jahr ein restlicher Urlaubsanspruch von 26 Tagen. Dieser**
278 **Urlaubsanspruch verfällt allerdings erst nach 15 Monaten, d. h. zum 31.03.2022. Ist der**
279 **Arbeitnehmer weiterhin während des gesamten Jahres 2021 wegen derselben Krankheit**
280 **arbeitsunfähig, so sammeln sich auch für dieses Jahr weitere 30 Tage Urlaubsanspruch an.**
281 **Und das, obwohl der Arbeitgeber keinen Lohn ausbezahlt hat, keine Leistung erhalten hat und**
282 **auch kein Erholungsbedarf beim Arbeitnehmern entstanden ist. Es sammeln sich also in**
283 **diesem Fall 56 Tage Urlaubsanspruch an, obwohl nicht gearbeitet und für fast die gesamte**
284 **Zeit kein Lohn bezahlt wurde.**

285 Dies führt dazu, dass Langzeitkranke ein erhebliches Kostenrisiko für den Arbeitgeber
286 darstellen. Wenn diese durch die anteilige Kürzung des Urlaubs reduziert ist, wird der
287 Arbeitgeber Langzeitkranke auch eher behalten und seltener zur ultima ratio der Kündigung
288 greifen.

Landesversammlung der Mittelstands-Union (MU) der CSU	10. Dezember 2022
<p style="text-align: center;">Antrag-Nr. 12 Aufbewahrungsfristen reduzieren, schnelle Betriebsprüfung erreichen</p>	<p>Beschluss: <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung</p>
<p style="text-align: center;">Antragsteller: MU-Fachausschuss Industrie und Innovation vertreten durch die Mitwirkenden: Michael Bernicker, Tibor Brumme, Reinhard Giegold, Heidrun Hausen und Wolfgang Schulze</p>	

289 **Die Landesversammlung der Mittelstands-Union der CSU möge beschließen:**

290 **Die Aufbewahrungsfrist für Belege, Bilanzen und Steuererklärungen bei Unternehmen**
291 **ist auf 5 Jahre nach Ablauf des Wirtschaftsjahres zu begrenzen.**

292 **Begründung:**

293 Wir – die MU – werben seit vielen Jahren für den Bürokratieabbau. In kleinen Schritten können
294 wir dies auch durchführen. Die enormen Kosten für die Aufbewahrung von Belegen zur
295 Steuerprüfung in Unternehmen sind zu senken. Privatleute müssen Ihre Belege lediglich 2
296 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres aufbewahren. Die Einkommensteuererklärung für
297 Privatleute, die selbst Ihre Steuererklärung abgeben, ist dies bis zum 31.10. des Folgejahres
298 zu erledigen.

299 Steuererklärungen, die durch den Steuerberater abgegeben werden, haben eine Abgabefrist
300 von 15 Monaten nach Ablauf des Erklärungsjahres. Die Abgabefrist für Bilanzen von
301 Unternehmen läuft am 31.12. des Folgejahres ab. Forderungen verfallen ohne Hemmung der
302 Verjährung (z. B. bei Mahnbescheid) nach 3 Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres.
303 Arbeitszeitkonten (Stundenbücher der Mitarbeiter) sind 2 Jahre nach Ablauf des
304 Kalenderjahres aufzubewahren. Die dt. Rentenversicherung prüft alle 4 Jahre die
305 Lohnabrechnungen der Mitarbeiter. Es ist nicht tragbar, dass die Finanzbehörden noch 10
306 Jahre zurück Belege zur Prüfung einsehen dürfen. In der heutigen schnelllebigen Zeit soll
307 diese Frist auf 5 Jahre begrenzt werden.

308 Der Grund für die lange Aufbewahrungsfrist ist, dass häufig Betriebsprüfungen spät
309 durchgeführt werden. Die Mittelständler haben einen Anspruch auf regelmäßige – am besten
310 die Erstellung des Abschlusses begleitende – Betriebsprüfung. Nur so werden die – wenigen –
311 schwarzen Schafe, die oft über Jahre hinweg unbehelligt von der Finanzbehörde Straftaten
312 begehen können, um sich dann durch Eigentümerwechsel – oft innerhalb der Familie – aus
313 der Verantwortung zu stehlen, schnell in die Gesetzmäßigkeit gezwungen. Die unzähligen
314 ehrlichen Mittelständler bekommen so schnell Rechtssicherheit, der Flächenverbrauch sinkt
315 und letztlich werden die Behörden, durch frühe Kooperation entlastet.

Landesversammlung der Mittelstands-Union (MU) der CSU	10. Dezember 2022
<p style="text-align: center;">Antrag-Nr. 13 Elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung muss Verbesserungen für Arbeitgeber bringen</p>	<p>Beschluss: <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung</p>
<p style="text-align: center;">Antragsteller: Dipl.-Ing. (FH) Dipl.-Wirtsch.Ing. Univ. Richard Graßl</p>	

316 **Die Landesversammlung der Mittelstands-Union der CSU möge beschließen:**

317 **Die Mittelstands-Union fordert sofortige Nachbesserungen am Verfahren der**
318 **Elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (eAU). Diese muss dem Arbeitgeber**
319 **(AG) sofort nach dem Arztbesuch des Arbeitnehmers (AN) über die Krankenkasse**
320 **automatisch unaufgefordert übermittelt werden. Die Informationen dürfen gegenüber**
321 **der Papierform nicht reduziert werden.**
322 **Mittelfristig sind für ein zeitgemäßes betriebliches Gesundheitsmanagement deutlich**
323 **bessere Information für den AG über Krankheitsfälle seiner AN sicher zu stellen.**

324 **Begründung:**

325 Die eAU führt nach der aktuell gültigen Regelung zu einer Verschlechterung für den
326 Arbeitgeber und für von ihm mit der Entgeltabrechnung beauftragte. Die Übermittlung an den
327 Arbeitgeber erfolgt nicht automatisch und auch nicht sofort. Vielmehr muss bei der
328 Krankenkasse eine Anfrage dazu erfolgen und es ist mit Übermittlungsdauern von bis zu 14
329 Tagen zu rechnen. Gegenüber der Papierform besteht wohl kein Anspruch des AG den
330 Namen des Arztes/der Praxis zu erfahren, der/die die AU festgestellt hat.
331 Das ist weder für die Einsatzplanung in den Unternehmen, noch für die Zwecke der
332 Entgeltabrechnung hinnehmbar. Darüber hinaus führt es zu Mehraufwand in der
333 Personalbearbeitung.
334 Auch für den AN ergibt sich keine Erleichterung, da dieser den AG außerhalb des eAU-
335 Verfahrens verständigen muss.

336 Dass der Arbeitgeber, anders als die Krankenkassen, keinerlei Information über Erkrankungen
337 seiner Mitarbeiter erhält ist nicht sachgerecht. Zumal vielfach die Krankheitskosten beim
338 Arbeitgeber wesentlich höher liegen als bei der jeweiligen Krankenkasse. Moderne
339 Maßnahmen wie Schonarbeitsplätze, Wiedereingliederung, betriebliches
340 Gesundheitsmanagement werden dadurch verhindert, zumindest aber erschwert. In der Folge
341 entstehen Schäden nicht nur beim einzelnen Arbeitgeber, sondern auch volkswirtschaftlich
342 und teils auch beim Arbeitnehmer. Gerade in Zeiten von Personalmangel ist das nicht mehr
343 vertretbar.

Landesversammlung der Mittelstands-Union (MU) der CSU	10. Dezember 2022
Antrag-Nr. 14 Erweiterung des Antragsrechts zum Parteitag	Beschluss: <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
Antragsteller: Dipl.-Ing. (FH) Dipl.-Wirtsch.Ing. Univ. Richard Graßl	

344 **Die Landesversammlung der Mittelstands-Union der CSU möge beschließen:**

345 **§ 47 Abs. 1 Nr. 6 der CSU-Satzung wird wie folgt geändert:**

346 **jedes Gremium (einschließlich Vorstand) der Arbeitsgemeinschaften und**
347 **Arbeitskreise an die Organe der Partei auf entsprechender Ebene.**

348 **Begründung:**

349 Anders als innerhalb der CSU, können die Gremien der Arbeitsgemeinschaften (AG) und
350 Arbeitskreise (AK) bisher lediglich an das genau entsprechende Gremium der CSU Anträge
351 stellen. Das bedeutet insbesondere, dass Anträge an den Parteitag von AG und AK nur durch
352 deren jeweilige Landesversammlung gestellt werden können, während es innerhalb der CSU
353 bereits dem CSU-Kreisvorstand möglich ist, Anträge an den Parteitag zu stellen.

354 Insbesondere die Landesvorstände der AG und AK sollten aber die gleichen Rechte wie die
355 CSU-Kreisverbände haben, um die für die gesamte CSU wichtige jeweilige
356 arbeitsbereichsspezifische inhaltliche Arbeit entsprechend zu vertiefen und die Kompetenz zu
357 nutzen.

358 Nicht nur corona-bedingt sind die Termine der CSU-Parteitage weniger planbar geworden.
359 Auch anderweitig können die Landesversammlungen der AG/AK nicht immer auf die
360 Antragsfristen der Parteitage abgestimmt werden, z. B. aufgrund eigener Wahlkorridore oder
361 Haupturlaubszeiten. Dies erschwert die Antragstellung durch die AG/AK. Der Behelf der
362 Antragsstellung über Parteitagsdelegierte der jeweiligen AG/AK ist nicht zufriedenstellend, da
363 damit die eigentliche Herkunft der Anträge aus den jeweiligen AG und AK nicht sichtbar wird.

364 Eine Überlastung des Parteitags oder anderer Gremien ist nicht zu befürchten, da die Anträge
365 bereits jetzt über entsprechende Parteitagsdelegierte eingebracht werden.

Landesversammlung der Mittelstands-Union (MU) der CSU	10. Dezember 2022
<p style="text-align: center;">Antrag-Nr. 15 Ehrbare Geschäftsleute – unser Maßstab auch für politische Tätigkeiten</p>	<p><u>Beschluss:</u> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung</p>
<p style="text-align: center;">Antragsteller: Dipl.-Ing. (FH) Dipl.-Wirtsch.Ing. Univ. Richard Graßl</p>	

366 **Die Landesversammlung der Mittelstands-Union der CSU möge beschließen:**

367 **Die Mittelstands-Union setzt sich für Rahmenbedingungen ein, die die Übernahme eines**
368 **politischen Mandats oder Amtes für Unternehmer nicht unangemessen erschweren**
369 **oder zu Beeinträchtigungen führen. Offenlegungspflichten dürfen auch bei**
370 **Unternehmern in politischen Mandaten zu keinen angemessenen Eingriffen in den**
371 **Datenschutz führen und müssen das Interesse an geschäftlicher Diskretion waren.**
372 **Insbesondere muss unterschieden werden zwischen Nebentätigkeiten, die sich erst aus**
373 **dem politischen Amt entwickeln oder begünstigt werden und solchen die auf bereits**
374 **vorher ausgeübter unternehmerischer Tätigkeit beruhen (wie z. B. Familienbetrieb...)**
375 **Die gilt auch für parteiinterne Regelungen der CSU. Hierbei ist zusätzlich insbesondere**
376 **auch die angemessene Durchführbarkeit von Aufstellungsversammlungen und**
377 **sonstigen Parteiaufgaben – im Allgemeinen im Ehrenamt - zu berücksichtigen. Dazu**
378 **gehören insbesondere eine entsprechende Ausgestaltung und Anwendung der**
379 **Compliance-Regeln.**
380 **In der innerparteilichen Willensbildung zu Wirtschaftsthemen kann die maßgebliche**
381 **Beteiligung der MU, als demokratisch legitimierte Organisation nach dem**
382 **Parteiengesetz, das Compliance-gerechte Zustandekommen von Politikanstößen**
383 **sicherstellen.**

384 **Begründung:**

385 Die Mittelstand-Union steht für ehrbare Geschäftsleute. Diesen Maßstab legen wir auch bei
386 unserer politischen Tätigkeit an und sind uns daher im Ziel absolut einig mit der CSU.
387 Bereits die aktuellen Regelungen führen aber vielfach dazu, dass medial die Mandatsträger
388 mit den höchsten Einkünften aus Nebentätigkeiten regelrecht an den Pranger gestellt werden.
389 Es erfolgt keine Unterscheidung ob es sich dabei um völlig politikferne Einkünfte handelt oder
390 solche die enge Bezüge zum politischen Amt hat, wie Berater- oder Vortragstätigkeiten
391 Auch wird nicht berücksichtigt, ob die Tätigkeit zu einer besonderen zeitlichen Belastung führt
392 oder z. B. das Tagesgeschäft in einem Unternehmen sowieso an eine angestellte
393 Geschäftsführung ... übergeben wurde.
394 Selbst im kommunalen Bereich werden teils überzogene rechtliche Anforderungen gestellt, z.
395 B. im Vergabeweisen durch sehr weite Auslegung von Vorbefassungs-Fällen.

396 Dem steht die besondere Unabhängigkeit von soliden Unternehmern gegenüber, die politisch
397 erwünscht sein muss und die zunehmende Dominanz unternehmerferner Berufsgruppen, wie
398 Beamten, in den deutschen politischen Gremien. Daher gilt es hier sowohl innerparteilich wie
399 auch auf den verschiedenen politischen Ebenen mit Augenmaß zu arbeiten.